

# Rotgrüner Koalition von Hollande winkt absolute Mandatsmehrheit

Das Wahlsystem verwandelt relative in absolute Mehrheiten. Die Bürgerlichen leiden unter der Konkurrenz der rechten „Front national“.

VON DANNY LEDER, PARIS

Ein „normales Ergebnis für einen normalen Präsidenten“, witzelten gestern in Paris Kommentatoren – eine Anspielung auf die von Staatschef Francois Hollande betonte „Normalität“ seiner Amtsführung im Gegensatz zur wirbelnden „Hyperpräsidentschaft“ seines Vorgängers Nicolas Sarkozy. Tatsächlich hat das Regierungslager, das aus SP und Grünen besteht, im ersten Durchgang der Parlamentswahlen mit fast 40 Prozent der Stimmen zwar keinen bahnbrechenden Sieg, aber einen soliden Vorsprung gegenüber der bürgerlichen Sammelpartei UMP (34 Prozent) errungen.

Wegen des französischen Wahlsystems, das Groß-Bündnisse favorisiert und isolierte kleinere Parteien gnadenlos eliminiert, dürften sich die 40 Prozent der Hollande-Lagers im zweiten Wahlgang, nächsten Sonntag, in eine absolute Mandatsmehrheit verwandeln. Das verdankt die Linke paradoxerweise dem von ihr kritisierten Präsidenten-Regime, das der bürgerliche General De Gaulle 1958 einführte. Der Gründer der fünften französischen Republik wollte die chronische Instabilität beenden, die eine allzu zersplitterte Parteienlandschaft verursachte. Leitspruch: „Ein Land mit 365 Käsesorten ist unregierbar“.

Jetzt kann die SP vermutlich sogar alleine die Absolute in der Nationalversammlung (dem französischen Unterhaus) erringen, also ohne ihren grünen Minipartnern. Diese kamen auf fünf Prozent, und das auch nur, weil ihnen die SP Wahlkreise überließ. Entscheidend ist aber für Hollande, das er jetzt die Gewissheit hat, im Parlament nicht auf die wahlweise Unterstützung der „Linksfrent“ des radikalen Tribuns Jean-Luc Melenchon angewiesen zu sein.

Die „Linksfrent“ (KP und eine SP-Abspaltung) rutschte auf unter 7 Prozent ab, nachdem Melenchon bei den Präsidentenwahlen 11 Prozent errungen hatte. Melenchon selber kommt nicht ins Parlament, nachdem er in seinem Wahlkreis von Le Pen und dem SP-Kandidaten überrundet wurde (siehe nebenstehenden Artikel).

Die „*Linksfront*“ hat trotzdem Aussicht auf über ein dutzend Abgeordnete. Obwohl sie nicht der Regierungskoalition angehört, gilt sie als Teil des linken Gesamtlagers. Deshalb wird sich überall dort, wo ihre Kandidaten im ersten Durchgang auf Platz eins kamen, die SP zu ihren Gunsten zurückziehen. Das ist Tradition in Frankreich, wo sich seit Bestehen des gaullistischen Wahlbock-Systems, SP und KP in der Stichwahl verbünden.

Für die bürgerliche UMP besteht das Dilemma darin, dass ihre einzigen eventuellen Stimmenreserven bei der „*Front National*“ (FN) liegen. Die FN kam im ersten Wahlgang auf 13,6 Prozent. Die UMP schaffte zwar eine verhältnismäßige Schadensbegrenzung, ihre Führungspersönlichkeiten schnitten gut ab. Nach der Niederlage und dem vorläufigen Abgang von Nicolas Sarkozy hatte die UMP stärkere Verluste vor allem an die FN befürchtet.

Aber die UMP-Führung will sich auf keine Bündnisse mit der radikalen Anti-EU-Partei von Le Pen einlassen. Umgekehrt will Le Pen erklärtermaßen die UMP zerstückeln, um sich selber als führende Oppositionskraft gegenüber der Linksregierung zu etablieren. Deshalb wird die FN im zweiten Wahlgang überall dort wo sie es kann, ihre Kandidaten antreten lassen, um die UMP zu schwächen.

Allerdings wird sich UMP, auch dort, wo sie chancenlos ist und ein FN-Sieg droht, nicht für die SP zurückziehen. Während die SP in solchen Fällen für die Bürgerlichen den Platz räumt.